

Entschließung 2: Ganzheitliches Sicherheitskonzept – JETZT!!!

Die in Gotha versammelten Gewerkschaftsvertreter der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Thüringens beklagen zum wiederholten Male das ungenügende Sicherheitskonzept des Thüringer Finanzministeriums für seine Bediensteten.

Bereits bei der Herausgabe des Sicherheitsleitfadens durch die Thüringer Landesfinanzdirektion (LFD) war dieser überholt. **Bis heute gibt es das darin angekündigte Notrufsystem nicht.** Mehrere Jahre sind seitdem vergangen und nichts hat sich getan!! Muss erst ein Bediensteter im Finanzamt sterben wie in Schleswig-Holstein oder in Köln?

Der dbb- Vorsitzende Ulrich Silberbach konstatierte anlässlich der Jahrestagung in Köln: „Doch der öffentliche Dienst von heute ist in keiner guten Verfassung: Mehr als 60 Prozent der Menschen in Deutschland halten den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben für überfordert. Es gibt besorgniserregende Anzeichen für einen generellen Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit des Staates: eine verbreitete Politikverdrossenheit, eine dramatische Zunahme verbaler und physischer Gewalt gegenüber Repräsentantinnen, Repräsentanten und Beschäftigten des Staates und nicht zuletzt leider auch der Zulauf zu extremistischen Parteien und Gruppierungen.“

In Bayern wurde im 4. Quartal 2019 für den Bereich der Bayerischen Finanzverwaltung gerade ein solches zukunftsfähiges Sicherheitskonzept erstellt. In Baden-Württemberg gibt es dieses Notrufsystem bereits seit drei Jahren! Es wäre schön, wenn die Bundesländer auch auf diesem Gebiet enger zusammenarbeiten könnten!

Wir fordern daher die Finanzministerin Taubert auf, den Sicherheitsleitfaden zügig zu überarbeiten und endlich ein Notrufsystem anzuschaffen, das den derzeitigen Erfordernissen entspricht.